



Mechthild Rawert.

Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete
für Tempelhof-Schöneberg.



■ www.mechthild-rawert.de

kompetent. lebensnah. vor Ort.

Liebe Tempelhof-SchönebergerInnen,

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir brauchen eine moderne Migrations- und Integrationspolitik. Wir haben nur eine Zukunft - und die ist unsere gemeinsame. Daher machen wir uns gemeinsam stark gegen Rassismus und Diskriminierung. Tempelhof-Schöneberg ist reich an Vielfalt und reich an Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Und das ist gut so.

Ich bin überzeugt: Ein gleichberechtigtes soziales Miteinander gelingt, wenn alle Menschen optimale Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation, auf gute Bildung und gute Arbeit haben. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Wir brauchen die doppelte Staatsbürgerschaft. Menschen mit Migrationsbiografie sollen die Möglichkeit bekommen, ihrer im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse und Qualifikation gemäß beschäftigt zu sein. Wir wollen hierfür ein bundeseinheitliches Anerkennungsgesetz. Wir wollen das Aufenthaltsrecht so gestalten, dass Kettenduldungen vermieden werden.

Ich plädiere für die Abschaffung des Flughafenasyll-Verfahrens. Informationen zu unserer Fraktion vor Ort-Veranstaltung am 31. Oktober finden sich demnächst auf meiner Website.

Chancen geben und Chancen nutzen gehören zusammen. Wir wissen: Die Zukunft unserer Gesellschaft hängt vom Zuzug und der gelungenen Integration von EinwandererInnen ab. Integration braucht viele neue Ideen und das aktive Engagement einer/eines jeden. Dabei ist auch klar: Alle sind gefordert - Zuwandernde ebenso wie die Aufnahmegesellschaft.

Gleichberechtigter Zugang zum Gesundheitswesen und zur Pflege

Mir liegt die gesundheitliche und pflegerische Versorgung am Herzen. Die erste Generation von ZuwanderInnen kommt in die Jahre und stellt die ambulante und stationäre Pflege ebenso wie Krankenhäuser und Reha-Zentren vor neue Herausforderungen. Es gilt neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, ob Speisepläne, interkulturelle Fortbildung, mehrsprachige Informationen, Aufbau eines Dolmetschernetzes oder Übersetzung von Einwilligungensformularen. Um diese qualitativen Anforderungen zu erfüllen, benötigen wir auch mehr Vielfalt unter den Beschäftigten.

Warum ist die Scheu, psychologische Hilfen in Anspruch zu nehmen, bei Migrantinnen und Migranten größer als bei Deutschen? Müssen geschlechtsspezifische Besonderheiten berücksichtigt werden? Für solche Fragen muss medizinisches Fachpersonal sensibel sein.

Wir wollen Hemmnisse beim Zugang zu Beratungs- und Betreuungsangeboten abbauen. Wir wollen z.B. in den Pflegestützpunkten die interkulturell sensible Beratung ausbauen. Wir setzen uns für mehr Fortbildungsmöglichkeiten für kultursensible Altenhilfe und Pflege ein.

Menschen mit Behinderungen und Migrationsbiografie erfahren oft eine doppelte Diskriminierung. Erfreulicherweise nehmen sich immer mehr Vereine und Verbände dieser doppelten Herausforderung an. Es bilden sich auch immer mehr entsprechende Selbsthilfegruppen, die beraten und unterstützen. Diese sind wichtig, zumal sie oft über die notwendigen sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen verfügen.

In der SPD-Bundestagsfraktion haben wir in dieser Legislaturperiode die Querschnitts-Arbeitsgruppe Migration und Integration, deren stellvertretende Sprecherin ich bin, gegründet. Wir haben hier wichtige Beschlüsse für Vielfalt und gelingende Integration gefasst.

Überblick über integrationspolitische parlamentarische Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion

■ Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 28 Abs. I) (Drs. 17/1047)

Es ist dringend erforderlich, die Integration aller hier wohnenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger durch die dem demokratischen Prinzip entsprechende Einräumung des Kommunalwahlrechtes zu fördern.

■ Ausgrenzung stoppen - Alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Leistungsbezug des Asylbewerberleistungsgesetzes in das Bildungs- und Teilhabepaket einbeziehen (Drs. 17/6455)

Wir fordern die Bundesregierung auf, Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Leistungsbezug nach § 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) einen Rechtsanspruch auf den Zugang zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zu eröffnen.

Während für leistungsberechtigte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nach § 2 AsylbLG nach einer Bezugsdauer von 48 Monaten nach geltender Rechtslage das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) anzuwenden ist und diese daher bereits derzeit einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 34 SGB XII besitzen, ist ein solcher Anspruch für Leistungsberechtigte nach § 3 AsylbLG bislang nicht vorgesehen.

■ Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts 17/773 und Antrag: Staats-angehörigkeitsrecht modernisieren – Mehrfache bzw. doppelte Staatsbürgerschaft ermöglichen (Drs. 17/7654)

Wer eingebürgert werden wollte, musste seine bisherige Staatsangehörigkeit im Regelfall aufgeben. Doch bereits jetzt gibt es eine Vielzahl von Ausnahmeregelungen. Sie führen dazu, dass in der Praxis oft Doppel- oder Mehrstaatlichkeit hingenommen wird. Das derzeitige gesetzliche Ziel, Mehrstaatlichkeit zu vermeiden, wird schon jetzt nicht mehr erreicht. Das Optionsmodell wollen wir deshalb zugunsten eines konsequenten Bekenntnisses zur doppelten oder mehrfachen Staatsbürgerschaft hier geborener Kinder ausländischer Eltern abschaffen. Wer sich einbürgern lässt, muss seine alte Staatsangehörigkeit nicht länger aufgeben.

■ Gesetzentwurf zur Änderung des aufenthalts- und freizügigkeitsrechtlichen Ehegattennachzugs (Drs. 17/8921)

Das 2007 eingeführte Erfordernis des Sprachnachweises vor der Einreise soll aufgehoben werden. Allerdings werden die geltenden Regelungen, wonach der nachziehende Ehegatte bei fehlenden Sprachkenntnissen einen Integrationskurs nach der Einreise nach Deutschland besuchen muss, beibehalten. Daneben wird die Visumsregelung des Freizügigkeitsgesetzes/EU an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) angepasst.

■ Neue Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt (Drs. 17/9974)

Die SPD will Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt eine faire Chance geben. Wir fordern anonymisierte Bewerbungsverfahren als Standard. Mit einem Arbeitsmarktprogramm „Perspektive MigraPlus“ wollen wir innovative Ansätze für den Spracherwerb finden und bessere Qualifizierungs- und Fördermaßnahmen entwickeln. In den Jobcentern und Agenturen für Arbeit wollen wir mehr Personal mit Migrationshintergrund.

■ Schauen Sie auf meine Website www.mechthild-rawert.de

■ Abonnieren Sie meinen Newsletter

■ Treffen Sie mich auf Facebook: www.facebook.com/mechthild.rawert